

INHALT

1. Schnelle Hilfe für von Schließungen betroffene Bundeswehrstandorte
2. Ehrenamtsinitiative trifft auf fruchtbaren Boden
3. Sparkurs wirkt: Dauerhaft 30 Millionen Euro Zinsen weniger in den nächsten Jahren
4. Zwei gute Jahre für Schleswig-Holstein
5. Fünfstündige Arbeitssitzung mit Innenminister Klaus Schlie
6. CDU Fraktion im Gespräch mit der Landesarbeitsgemeinschaft der Mehrgenerationenhäuser
7. Ministerpräsidentenkonferenz zum Glücksspielstaatsvertrag
8. Hafenpolitische Sprechertagung der CDU-Landtagsfraktionen

28.10.2011

Schnelle Hilfe für von Schließungen betroffene Bundeswehrstandorte Kommende Woche wird „Aktionsplan Konversion“ vorgestellt

Für jeden betroffenen Standort ist die Entscheidung von Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière zur deutlichen Verkleinerung oder Schließung ohne Frage ein schwerer Schlag. Die Bundeswehrangehörigen sind mit ihren Familien zumeist zum integralen und unverzichtbaren Bestandteil des sozialen Gefüges der Standorte geworden. „Angesichts der nach wie vor hohen Bundeswehrpräsenz im Norden war leider ein solcher Aderlass zu erwarten. Es ist dem beherzten Eingreifen unserer Landesregierung, der Kommunen und unserer Abgeordneten im Bundestag zu verdanken, dass dieser Aderlass nicht noch größer ausgefallen ist“, erklärten CDU-Fraktionschef Johannes Callsen und der katastrophenschutzpolitische Sprecher Markus Matthießen am Mittwoch in Kiel. Schleswig-Holstein bleibt immerhin das Bundesland mit der zweithöchsten Bundeswehrdichte.

Nun komme es darauf an, dass den Bundeswehrangehörigen und ihren Familien schnell gesagt wird, wie es weiter geht. Gleiches gelte für die betroffenen Standorte. In der Vergangenheit habe es oft viel zu lange gedauert, bis die Liegenschaften vom Bund abgegeben wurden. „Mit jeder Woche, die so eine Liegenschaft leer steht, wird sie für Investoren unattraktiver. Das muss schnell gehen und transparent sein. Die betroffenen Kommunen müssen von Beginn an einbezogen werden und brauchen kompetente Ansprechpartner“, so Matthießen. Vor diesem Hintergrund sei der von der CDU-geführten Landesregierung bereits für kommende Woche angekündigte „Aktionsplan Konversion“ zu begrüßen.

Im Hinblick auf die Fähigkeiten zum Katastrophenschutz sei wichtig, dass nach wie vor alle

Teilstreitkräfte in Schleswig-Holstein präsent bleiben. „Ohne fliegende Einheiten kann der Katastrophenschutz zur See nicht gewährleistet werden. Ohne Heereseinheiten können wir keiner Sturmflut standhalten. Und Marineeinheiten würden in einer Tiefebene oder im Gebirge nun einmal wenig Sinn haben“, so Matthießen.

Es gelte nun genau zu prüfen, ob auch nach der Reduzierung die notwendigen Fähigkeiten zum Katastrophenschutz im Land erhalten bleiben. Gerade beim Hochwasserschutz an der Nordsee mit ihren extrem kurzen Reaktionszeiten dürfe Schleswig-Holstein sich nicht alleine überlassen bleiben. Matthießen: „Denn im Küstenschutz bietet unser Land schließlich die „Knautschzone“ für andere Bundesländer. Um die notwendigen Fähigkeiten vorhalten zu können, brauchen wir entweder Truppenteile oder Ausgleichsmaßnahmen. Das betrifft Personal und Material gleichermaßen.“

Details zur Reform bis hin zur Ausplanung in den einzelnen Bundesländern finden Sie unter folgendem Link:

http://www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/!ut/p/c4/HYtBDoAgDATf4gfo3Zu_UG9FV9JAqilFvi8xc5pMhnYaKL-S2OVWLRtSdsgce4j9RKhuEM_GuBxB0RKqc_GmabT_EdgwevlyfYHQc4!/



Markus Matthießen, MdL

Ehrenamtsinitiative trifft auf fruchtbaren Boden

Anhörung im Innen- und Rechtsausschuss

Bereits im Koalitionsvertrag hatten sich CDU und FDP darauf verständigt, „dort, wo es auf Landesebene möglich ist, bürokratische Hemmnisse zu beseitigen, um ehrenamtliche Tätigkeit zu erleichtern.“ Der von den CDU- und FDP-Landtagsfraktionen Ende 2010 eingebrachten Initiative zur Stärkung des Ehrenamtes stimmte der Landtag einstimmig zu. In dieser Woche gab es bei der Anhörung im Innen- und Rechtsausschuss des Landtags viel Zustimmung und Lob. „Dies ermuntert uns, unsere Anstrengungen weiter zu verstärken“, so der innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Werner Kalinka.

Die Anhörung habe wichtige Punkte zu diesem Thema deutlich gemacht, so das Fazit des Innenexperten:

- Ehrenamt ist Bürgernähe und ermöglicht Selbstverwaltung. Diese gesellschaftspolitischen Orientierungen müssen erhalten bleiben.

- Jugendliche sind der Nachwuchs für das Ehrenamt in unserer Gesellschaft. Darauf wies der Landesjugendring zu Recht hin. Diesen Satz gilt es, mit Leben zu füllen.
- Entscheidend ist die Zusammenarbeit von Schulen und Vereinen. Der Landessportverband hat besonders für Ganztagsangebote und die Frage der Hallennutzungszeiten gute Anregungen eingebracht.
- Hunderttausende Schleswig-Holsteiner sind ehrenamtlich tätig, 14.000 kommunalpolitisch.
- Diese Zahl zeigt die Notwendigkeit des Abbaus bürokratischer Hemmnisse. Nicht nur bei der Bewältigung von Rechtsfragen müssen Ehrenamtler entlastet werden. Auch zusätzliche Beratungs- und Qualifizierungsangebote sind notwendig.
- Aufwandsentschädigungen ehrenamtlich tätiger Handwerksmeister werden sozialversicherungsrechtlich als „abhängig Beschäftigte“ eingestuft. Dies ist nicht nachvollziehbar.
- In der steuerrechtlichen Handhabung für ehrenamtlich Tätige muss es Veränderungen geben. Sie ist zu kompliziert geworden.
- Die Bedeutung von Image-Kampagnen für das Ehrenamt sollte nicht unterschätzt werden.

Den Antrag für die Ehrenamtsinitiative und die schriftlichen Stellungnahmen der Anzuhörenden finden Sie unter folgendem Link:

<http://lissh.lvn.parlanet.de/cgi-bin/starfinder/0?path=lisshfl.txt&id=fastlink&pass=&search=DI&D=K-53133&format=WEBVORGLFL1>



Werner Kalinka, MdL

Sparkurs wirkt: Dauerhaft 30 Millionen Euro Zinsen weniger in den nächsten Jahren Nettoneuverschuldung deutlich niedriger als geplant!

Jedes Kind lernt in der Schule den Zinseszinsseffekt. Dennoch wurden seine Auswirkungen auch auf die öffentlichen Haushalte über Jahrzehnte ignoriert. Am Beispiel des Haushaltsberichtes von Finanzminister Rainer Wiegard für das dritte Quartal 2011 wird jetzt deutlich, wie stark Schleswig-Holstein vom Sparkurs der Landesregierung allein bei den Zinszahlungen profitiert:

„Die ursprünglich veranschlagte Nettoneuverschuldung für 2011 konnte um 600 Millionen Euro reduziert werden. Das heißt: Schleswig-Holstein spart im nächsten Jahr Zinsen in Höhe von 30 Millionen Euro ein. Und im Jahr darauf aufgrund des Zinseszinses 31,5 Millionen“, erläuterte CDU-Finanzpolitiker Tobias Koch die Auswirkungen.

Die vom Finanzminister vorgelegten Zahlen bewiesen, dass die CDU-geführte Landesregierung in Schleswig-Holstein auch im Haushaltsvollzug auf dem richtigen Weg sei. „Die Zeiten unrealistischer Haushaltsaufstellungen mit zwangsläufigen Nachtragshaushalten sind vorbei. Die konservative Planungsweise von Finanzminister Rainer Wiegard setzt auf realistische Zahlen und legt im Zweifel die vorsichtigeren Annahmen zu Grunde. Das zahlt sich Jahr um Jahr aus“, betonte Koch.

Schleswig-Holstein habe durch das gute Wirtschaftswachstum unter der CDU-geführten Landesregierung und die dadurch resultierenden zusätzlichen Arbeitsplätze zusätzliche Einnahmen in Höhe von 537 Millionen Euro erzielt. Koch: „Wenn heute bei uns im Land so wenige Menschen wie zuletzt vor sechzehn Jahren ohne Arbeit sind, dann schlägt sich das auch in den öffentlichen Einnahmen nieder.“

Den Haushaltsbericht finden Sie unter folgendem Link:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/umdrucke/2700/umdruck-17-2727.pdf>



Tobias Koch, MdL

Zwei gute Jahre für Schleswig-Holstein CDU und FDP legen Arbeitsbilanz vor

In dieser Woche hat die CDU-geführte Landesregierung aus Anlass des zweijährigen Jubiläums eine Arbeitsbilanz vorgelegt. „Wer sich ernsthaft mit der Arbeitsbilanz auseinandersetzt, der sieht, dass in sehr kurzer Zeit enorm viel erreicht wurde. Wir arbeiten gemeinsam für unser Land“, kommentierte CDU-Fraktionschef Johannes Callsen. Der Dreiklang aus wirtschaftsfreundlicher Politik, konsequentem Neuverschuldungsabbau sowie gezielten Investitionen in Wissenschaft und Bildung habe sich ausgezahlt.

So sei die Zahl der Arbeitslosen regelmäßig auf dem niedrigsten Stand seit 16 Jahren, der Produktivitätszuwachs sei der zweithöchste unter den Bundesländern. Schleswig-Holstein setze darüber hinaus unter der CDU-geführten Regierung als erstes Bundesland konsequent die in der Verfassung verankerte Schuldenbremse um und habe es erstmals geschafft, die Ausgaben des Landes zu senken:

„Wir haben gezeigt, dass der Staat mit weniger Geld auskommen kann. Man muss nur die richtigen Schwerpunkte setzen“, betonte der CDU-Fraktionschef.

Machen Sie sich selbst ein Bild. Hier geht es zur Bilanz der Landesregierung:

http://schleswig-holstein.de/Portal/DE/LandesregierungMinisterien/ZweijahresBilanz/ZweijahresBilanz_node.html



Johannes Callsen, MdL

Fünfstündige Arbeitssitzung mit Innenminister Klaus Schlie **CDU-Fraktion arbeitet mit Hochdruck weiter**



Innenminister Klaus Schlie (2.v.r.) und die Mitglieder des FAK Innen und Recht

Wer in der „Arbeitsbilanz“ der Landesregierung zugleich eine Abschlussbilanz sieht, der liegt falsch. CDU und FDP arbeiten mit der Effizienz der vergangenen beiden Jahre weiter.

Bereits Anfang der Woche traf sich der Fraktionsarbeitskreis „Innen und Recht“ zu einer fünfstündigen Beratung mit Innenminister Klaus Schlie. Der Katalog der aktuell abzuarbeitenden Themen war lang. Unter anderem ging es um die vorgesehenen kommunalen Konsolidierungshilfen, die Kommunalisierung der Regionalplanung, Fragen der Windenergie-Regelungen, Neuregelungen in der Amts- und Gemeindeordnung („5 aus 16“, die Zusammensetzung der Amtsausschüsse, hauptamtliche Bürgermeister in Gemeinden/Städten mit 4000 bis 8000 Einwohnern), den Gesetzentwurf zu Veränderungen bei der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen, die Programme zur „Sozialen Stadt“, das Spielhallengesetz und das

Gefährdungsgesetz.

Auch die Innere Sicherheit nahm breiten Raum ein. Die Lage der Landespolizei war ebenso Thema wie das 10-Punkte-Eckpunktepapier der CDU-Landtagsfraktion zur Jugendkriminalität, die Rockerkriminalität in Schleswig-Holstein und Norddeutschland, sowie der Einsatz von Trojanern in der Strafverfolgung.

CDU Fraktion im Gespräch mit der Landesarbeitsgemeinschaft der Mehrgenerationenhäuser Bündelung von Aufgaben bei den Mehrgenerationenhäusern ein guter Weg

In der zurückliegenden Woche trafen sich der Fraktionsvorsitzende der CDU-Landtagsfraktion und der Fraktionsarbeitskreis Soziales unter der Leitung von Ursula Sassen mit der Landesarbeitsgemeinschaft der Mehrgenerationenhäuser. In der Arbeitsgemeinschaft sind neun der 15 Einrichtungen zusammengeschlossen.

In dem Gespräch berichteten die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft über die vielfältigen Facetten der ehrenamtlichen Arbeit der Mehrgenerationenhäuser, die auf eine Projektförderung der Bundesregierung zurückgehen. Sie appellierten an die Kommunen, die notwendigen kommunalen Anteile bereitzustellen, damit die Mehrgenerationenhäuser die Förderung des Bundes in Anspruch nehmen können.

CDU-Fraktionschef Johannes Callesen lobte die Arbeit der Häuser in Schleswig-Holstein: „Die Häuser haben sich zu wahren Dienstleistungszentren für die Menschen entwickelt. Sie sind aus unserer Sicht Erfolgs- und Zukunftsmodell zugleich.“ Die Fortsetzung des Förderprogramms der Mehrgenerationenhäuser durch die CDU-geführte Bundesregierung sei auch eine große Anerkennung dieser Arbeit.



Johannes Callesen (2. v.r.) und Ursula Sassen (2.v.l.) mit der LAG mehrgenerationenhäuser

Ministerpräsidentenkonferenz zum Glücksspielstaatsvertrag Bewegung der 15 anderen Bundesländer nicht ausreichend

Auf der Ministerpräsidentenkonferenz in Lübeck gab es in dieser Woche erhebliche Bewegung der anderen Bundesländer hin zu einer europarechtskonformen Lösung für einen neuen Glücksspielstaatsvertrag. Die Fraktionen von CDU und FDP, deren Glücksspielgesetz von der EU-Kommission bereits notifiziert und nicht beanstandet wurde, sehen diese Bewegung allerdings nach wie vor für nicht ausreichend an.

Mit dem Vorschlag der 15 sei eine Marktkontrolle und damit ein effektiver Spielerschutz nicht zu erreichen. Die Zahl der Konzessionen in Verbindung mit der Höhe der Konzessionsabgabe reiche nicht aus, um kleine und mittlere Unternehmen dazu zu bewegen, sich den deutschen Regelungen zu unterwerfen und hier anzusiedeln. „Wir brauchen ein wettbewerbsfähiges Abgabenmodell, um alle Teile des Marktes zu regulieren“, erklärte CDU-Glücksspielexperte Hans-Jörn Arp dazu.

Darüber hinaus werde die Begründung des Lotteriemonopols mit der Suchtgefährdung keinen Bestand vor den Gerichten haben. Dies zeige auch das Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster vom 24. Oktober 2011. „Das Veranstaltungsmonopol für Lotterien muss wieder mit deren großer Manipulationsgefahr begründet werden“, forderte Arp.

Mittlerweile haben zahlreiche Gerichte von Verwaltungsgerichten bis zum Europäischen Gerichtshof festgestellt, dass die Ausgestaltung des Staatsmonopols in Deutschland nicht dem Spielerschutz und dem Abwenden der Suchtgefahren dient. Vielmehr werden eindeutig Anreize geschaffen, um zu verstärktem Spiel zu animieren. Das Monopol dient lediglich dem Zweck, private Anbieter auszuschließen. Dies wiederum hat zu einem enormen unkontrollierten Markt im Internet geführt, der Spielern keinerlei Schutz bietet. „Diesen rechtskräftig festgestellten Widerspruch von Reden und Taten in der Politik wollen wir beenden und endlich zu rechtskonformen Regelungen kommen, die wirksam Spielerschutz und Suchtbekämpfung ermöglichen. Ich hoffe, dass nach dieser ersten Bewegung die anderen 15 Bundesländer diesen Weg gemeinsam mit uns gehen“, so Arp.

Nur in wenigen Medien wurde darüber berichtet, dass Niedersachsen und Hessen zu der Einigung der 15 Bundesländer Protokollerklärungen abgegeben haben, die weitere Schritte in Richtung der schleswig-holsteinischen Lösung prüfen lassen. „Das stimmt optimistisch“, so Arp abschließend.



Hans-Jörn Arp

Hafenpolitische Sprechertagung der CDU-Landtagsfraktionen Schulterschluss für den Nord-Ostsee-Kanal

Am 19. Oktober 2011 haben sich die hafenpolitischen Sprecher der CDU-Fraktionen der Nordseeanrainer Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Bremen und Hamburg am JadeWeserPort in Wilhelmshaven getroffen.

So konnte sich der Schleswig-Holsteinische Hafenpolitische Sprecher Magnussen von den

großen Baufortschritten am JadeWeserport überzeugen, der ab 2012 seinen Betrieb aufnehmen wird.

Als Wachstumshindernis wird von den hafenspolitischen Sprechern vor allem die Störung der Transitverkehre in den Ostseeraum durch einen Ausfall der großen Schleuse in Brunsbüttel gesehen. „Sollte aber der für Containerschiffe expandierende Handel auf der Ostseeroute nicht über den NOK abfließen können, so werden diese Containerschiffe als Ausweichroute den deutlich längeren Weg von Rotterdam über Skagen direkt nach Danzig oder St. Petersburg nehmen, und die deutschen Häfen im Feederverkehr rechts liegen lassen“, warnte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Jens-Christian Magnussen.



Jens-Christian Magnussen (2.v.r.) und die hafenspolitischen Sprecher der CDU-Fraktionen der norddeutschen Länder

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de